

eine besondere Abstimmung über die Titel, welche besondere Ausgaben für die ehemaligen Politischen Landeshöfe enthalten.

Abg. Richter: Ich habe mit Verwunderung gehört, daß 18 Kreis-Schulinspektoren aus dem Dispositions-Fonds bezahlt werden. Hat denn niemals der Commissarius des Finanzministers, hat niemals die Oberrechnungskammer dagegen Widerspruch erhoben? Wenn die Kreis-Schulinspektion im Nebenamt überhaupt besetzt wird, so würde sich eine Vermehrung der Ausgaben um das 1/2fache ergeben, also um 1 400 000 Mk., wovon aber 500 000 Mk. aus dem Titel 29 in Abrechnung kommen.

Ministerial-Director Kähler: Die Anomalie, daß die Gehälter fest angestellter Beamten aus dem Dispositions-Fonds bezahlt werden, soll beseitigt werden; die Regierung hat aber 1886 ihre Absicht kundgegeben, auf diese Weise zu verfahren.

Abg. Richter hält das Verfahren für falsch. Geh. Finanzrath Germar stimmt dem zu; sobald sich die dauernde Nothwendigkeit der Stellen herausgestellt hat, soll die Sache anderweitig geordnet werden.

Zur allgemeinen Erleichterung der Volksschulanten sind 26 800 000 Mk. (800 000 Mk. mehr als im laufenden Etat) ausgeworfen, und zwar mit der Begründung: mehr zur Verhärtung des Fonds in Folge der stattgefundenen Errichtung neuer Schulen.

Abg. Richter: Diese Veränderung ist doch eine sehr kurze. Es fehlt eine Volksschulstatistik, welche zuletzt 1886 erschienen ist. Nach den Angaben, die bekannt geworden sind, scheint es sich bei den Vereinigungen meist nur um kleine Schulen zu handeln. Darüber sollte dem Hause doch Auskunft gegeben werden. Ueber die kleinsten Sachen erhalten wir ausgiebige Auskunft, aber über diese Hauptsache erfahren wir fast gar nichts. Wir haben jetzt ein erhebliches Interesse, die Verwendung aus diesen Fonds zu kontrolliren, damit wir erfahren, wo auf Grund des strengen Conventions-Principals für 30 Kinder eine besondere Schule gegründet ist. Weiter kommt auf die Vorzüge in Hörde zurück. 28 jüdische Kinder seien aus einer auf Abrechnung der Regierung eingerichteten Simultan-Schule ausgeschieden worden. Der Minister hat das Vorgehen der Regierung zu Hörde mißbilligt und dabei gesagt: Die Katholiken bezahlten für ihre Conventions-Schule und für die Simultan-Schule mit. Das wird von katholischer Seite als Ungerechtigkeit bezeichnet und wäre es auch, wenn es sich wirklich so verhalten würde. Aber die Bestimmung geht dahin, daß die katholischen Schulräthe von weiteren Beiträgen als zur Conventions-Schule befreit bleiben sollen. Die Anrechnung zur Aufhebung der Simultan-Schule herausgegangen sein. Das wird aber von jüdischer Seite bestritten. Die Frage ist im Jahre 1890 von der Regierung in Hörde angelegt. Auf Grund des Berichtes der Kreis-Schulinspektion hat die Regierung von der Aufhebung der Simultan-Schule Abstand genommen. Im November 1891 betraf sich die Anrechnung auf eine Verfügung des Ministers vom 29. Mai, wo Graf Jellitzki bereits im Antez war, und verfügte die Auflösung der Simultan-Schule, während der Minister behauptet, daß schon ein definitiver Schritt nach dieser Richtung hin geschritten sei. Was der Minister über die Verfügungen der Bezirks-Regierungen an die Lehrer gesagt hat, hat mir sehr gefallen; es wäre zu wünschen, wenn der Minister die Regierungen generell anweisen würde, nach seinen Verfügungen, die er hier gemacht, zu verfahren. Die Regierung in Münster soll den Lehrern verboten haben, Petitionen bezüglich des Volksschulgesetzes an den Landtag zu richten; anderswärts ist den Lehrern aufgegeben worden, wenn sie eine Correspondenz an eine Zeitung schreiben wollen, dafür die Genehmigung einzuholen. Hier sollte der Minister eingreifen und die Regierungen gleichstellen.

Minister Graf Jellitzki: Die Volksschulstatistik ist im statistischen Amte in Vorbereitung, über die einzelnen Ergebnisse, welche bereits vorliegen, kann dem Hause auch eine Uebersicht vorgelegt werden. Die Zahl der Schulen hat sich seit 1886 um 700 vermehrt. Lehrstellen waren vorhanden 87 902 im Jahre 1886, jetzt 61 810, darunter waren 1886 6848 Lehrerstellen vorhanden, jetzt 8224. Diese Vermehrung entspricht hauptsächlich der Verbesserung der vorhandenen Schulen. Daß die Grundzüge des neuen Schulgesetzes in den letzten Jahren geltend gemacht worden sind, glaube ich nicht. Herr Richter übersieht die Formen, in denen sich die Vermehrung der Schulen und Lehrstellen vollzieht, nicht vollständig. Die Initiative liegt bei den Regierungen; ich kann aus meinen Acten darüber keine Auskunft geben. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß die einzelnen Regierungen nach der ihm bezeichneten Seite hin tätig gewesen sind. In Hörde haben die Katholiken für die Simultan-Schule nicht mitbezahlt; das war ein Versehen meinerseits. Aber die Katholiken beschwerten sich darüber, daß der communale Saal für die Simultan-Schule in Anspruch genommen wird. Sonst hätte es ja auch keinen Sinn gehabt, wenn die Katholiken bitten, daß ihre Schule auf den Communalsaal übernommen würde. Die Verfügung von mir bezieht sich lediglich auf das Verfahren, welches eingeleitet ist gegen das abtretende Verhalten der Stadtgemeinde gegenüber der Uebernahme der katholischen Schule auf die Stadt. Das hat mit der Conventionalität und Si-

multanität der Schule nichts zu thun. Ueber die Anrechnung zur Aufhebung der Simultan-Schule will ich nichts weiter sagen. Ich will den Vorwurf auf mich nehmen, ich will nur sagen: die Regens der Stadt Hörde haben es nicht gethan. Ich will nicht sagen, von wem die Anrechnung ausgegangen ist. Eine allgemeine Verfügung an die Regierungen habe ich bereits am 17. Juli 1891 erlassen (Jurnal Richters: Und sie befolgen das nicht!); ich ersuchte die Regierungen, ehe sie eine solche Verfügung erlassen, mir davon Kenntniß zu geben. Decretiren kann der Minister gegenüber so hohen und selbständigen Behörden nicht. Ueber die Natur der Verfügungen kann man manchmal zweifelhaft sein, und solche Zweifel können vorkommen, auch wenn ich den meiste Rechte zutheile. (Heiterkeit.)

Abg. Richter: Die Jellen sind vortheilhaft, wo die Bezirks-Regierungen eine gewisse Selbstständigkeit hatten. Wenn die Schulabtheilung erst aufgehört sein wird, wird von der Selbstständigkeit gar keine Rede mehr sein, dann ist das reine Präfectensystem eingeführt. In Hörde bilden die Katholiken die weniger steuerkräftigen Schichten der Bevölkerung; sie werfen das bei der Unterhaltung ihrer besonderen Conventions-Schule, deshalb wollten sie die Schule communalfizieren. Bezüglich der Simultan-Schule ist die Anrechnung zur Aufhebung nicht von der Schule ausgegangen. Die Regierung hat die Sache angenommen, und zwar, wie mir geschrieben wird, auf Veranstaltung des Landraths und des Kreis-Schulinspektors. Vielleicht wollen die Herren dem neuen Course entgegenkommen. Statistiken werden genau aufgestellt, aber nicht genug veröffentlicht; das ist im Uebrigen besser. Da erscheint ein statistisches Handbuch alle Jahr, in Preußen steht es daran. Die Zahl der Schulen hat in 5 Jahren um 2 pCt. zugenommen, während die Bevölkerung um 5 pCt. gestiegen ist. Die Vermehrung der Lehrer beträgt 7 pCt., was also nur wenig über die Vermehrung der Bevölkerung hinausgeht.

Abg. Richter: Mir wird gesagt, daß in Hörde der Landrath und der Kreis-Schulinspektor der Auflösung der Simultan-Schulen widerprochen haben. Daß der Minister die Selbstständigkeit der Regierungen anerkennt, ist mir lieb; die Regierungen überwiegen sollen nun auch die Selbstständigkeit der Lehrer achten und sie nicht wie dünne Jungen behandeln.

Minister Graf Jellitzki: So lange Statistiken über die Volksschulen bestehen, sind sie von 5 zu 5 Jahren in demselben Schema veröffentlicht worden. Zur Ergänzung noch einige Zahlen. 1821 kamen auf eine Lehrkraft bei den Evangelischen 660, bei den Katholiken 405 Köpfe; 1871 kamen auf jede Lehrkraft 460 Evangelische und 535 Katholiken; 1888 416 Evangelische und 463 Katholiken. Das weist eine große Verbesserung auf. Es ist durchaus unzutreffend, von den Regierungen zu behaupten, daß sie die Lehrer schädigt oder auch nur indifferent behandelt haben. (Zusimmung rechts.) Die Preussischen Behörden haben es stets für ihre erste Pflicht gehalten, ihre Untergebenen zu verteidigen. Es ist unrichtig, daß Herr Richter diesen Vorwurf gemacht hat, ohne ihn im Einzelnen zu begründen. (Zusimmung rechts.)

Abg. Richter: Der Vorwurf ist begründet in dem statistischen Bericht vom 7. März 1892. Wenn der Minister noch mehr Beweise haben will, will ich ihm noch weitere statistische Berichte aufweisen. Es ist unrichtig, daß die Regierungen in dieser anmaßlichen Weise den Lehrern gegenüber treten. (Zusimmung rechts.)

Der Titel wird darauf bewilligt. Zur besonderen Förderung des Deutschen Volksschulwesens in Posen und Westpreußen sind 600 000 Mark (20 000 Mk. mehr als im laufenden Etat) ausgelegt.

Abg. Richter fragt, ob aus diesen Fonds auch die 300 Mk. Zulage bezahlt werden an die Lehrer, welche aus den weltlichen Provinzen nach dem Osten versetzt worden sind. Es wird behauptet, daß die Maßregel der Versetzung aus dem Westen sich nicht bewährt hat.

Ministerial-Director Kähler: Die Zulage wird aus diesem Fonds bewilligt. Es war 1886 ein Lehrmangel vorhanden, der jetzt beseitigt ist, so daß man von der Versetzung aus dem Westen vorläufig Abstand nahm und keine Zulage mehr gewährte, dafür eine allgemeine Verbesserung der Lehrerverhältnisse anbahnte.

Abg. Richter: Wenn die Sache jetzt abgeschlossen ist, dann sollte man den Titel verschwinden lassen.

Abg. v. Gzarlinski: Viele Lehrer sind aus dem Osten im Interesse des Dienstes nach dem Westen versetzt worden; da der Minister anerkennt hat, daß die Lehrer nicht ganz ihrer Heimat entfernend werden sollen, so darf man wohl hoffen, daß die Zurückverlegung aus dem Westen nach dem Osten erfolgen wird.

Der Titel wird bewilligt. Zur Verhärtung des Fonds zur Förderung des Deutschen Volksschulwesens in den Provinzen Westpreußen und Posen, sowie im Regierungsbezirk Opreußen sind 50 000 Mk. ausgelegt.

Abg. Eberhard: Der zu meinem Wahlkreise gehörige Kreis Groß-Wartenberg, früher Polnisch-Wartenberg, gehören, ist der Mittelpunkt der Sachsen-gänger; die Greise und Kinder allein bleiben zurück. Den heimischen Beldern bleibt nichts übrig, als

Arbeiter aus der Nachbarprovinz Posen zum Ersatz zu gewinnen. Diese Erfahrungen sind fast nur der Polnischen Sprache mächtig. Die Sachsen-gänger vertrauen ihre Kinder der Obhut alter Frauen an, welche den Kindern das Polnische beibringen. Dadurch wird das Polnische Element in Groß-Wartenberg vermehrt. Die Kinder kommen in die Schule, ohne daß sie ein Wort Deutsch verstehen. Die Verhältnisse sind also ebenso ungünstig wie in Westpreußen, Posen und Opreußen. Für die Lehrer sind die Verhältnisse noch schwieriger, weil an ihre Schulen derselbe Maßstab angelegt wird, wie an die Deutschen Schulen im Bezirke. Es wäre zweckmäßig, in den untrüglichen Kreisen des Regierungsbezirks Breslau den Lehrern ebenfalls eine Demarcation auszuweisen.

Ministerial-Director Kähler: Die Unterrichtsverwaltung hat bereits vor mehreren Jahren die Local-behöörden auf die Verhältnisse in den Kreisen Groß-Wartenberg und Namslau hingewiesen und sich bereit erklärt, soweit die Dispositions-Fonds ausreichen, Zulagen zu bewilligen.

Abg. Szmita: Nach den Ausführungen des Abg. Eberhard sollte man annehmen, daß der Kreis Wartenberg im Sommer ganz ausgeleert wäre. Es gehen aber aus jedem Dorfe nur Wenige, meist Unberufene mit. Wenn wirklich fünf oder zehn Kinder von ihren Eltern unter Aufsicht von Polnischen alten Frauen zurückgelassen werden, soll deshalb dem Lehrer gleich eine Zulage gemacht werden? Das ganze System hat sich überhaupt nicht bewährt. Denn die Zahl der Polnischen Kinder hat sich ganz erheblich vermehrt.

Abg. Eberhard: Der Vordrucker kennt die Verhältnisse im Kreise Groß-Wartenberg nicht; er sollte sich erst über die Verhältnisse erkundigen. Ich kann kein Wort von dem zurücknehmen, was ich vorgebracht habe. Statistische Angaben kann ich allerdings nicht vorbringen. Was ich gesagt habe, beruht auf den Aussagen der Lehrer und auch meiner eigenen Ueberzeugung.

Der Titel wird bewilligt. Es folgt das Capitel 122: Kunst und Wissenschaft. Beim Titel 1: Kunstinstitute in Berlin bewilligt.

Abg. v. Miesbach, daß die Kunst immer noch ein Stiefkind des Preussischen Staates sei; der Staat hat für sie nicht erheblich vernachlässigt. Preußen sollte sich das keine Bayern als Muster nehmen. Wenn die Kunst ihre Aufgabe erfüllen und den Sinn des Volkes für das Ideale und Schöne heben soll, dann muß sie auch von Staate unterstützt werden.

Abg. Birchow (hr.): Der Vorwurf, den der Vordrucker erhoben hat, darf sich nicht allein gegen den Staat richten. Der Staat kann doch unmöglich alle Künstler in seinen Dienst nehmen; es würde dankbar aufgenommen werden, wenn auch den jüngeren Kreisen Mithilfe ertheilt würde.

Abg. v. Miesbach: Ich habe immer für die Künstler gesprochen, aber bisher keinen anderen Erfolg erzielt, als daß ich Jenen lange Weile verurteilt habe. Ich habe im Reichstage einen Antrag auf Vermehrung der Reichsdarlehen für die Kunst gestellt. Vielleicht haben meine Anregungen bezüglich der Kunst erst ebenso spät Erfolg, wie meine Anregungen bezüglich der Vermehrung der Gendarmen. Diese letzteren stammen schon aus dem Jahre 1872 und haben erst jetzt Erfolg gehabt. Für die Kunst im Allgemeinen sind rund 3 000 000 Mk. ausgeworfen, also viel weniger, als für höhere Lehranstalten und Universitäten. Die drei Millionen werden verwendet für die Kunstschule, die Vorkantale und die Sammlungen; für lebende Künstler wird nichts ausgegeben. Daß der Staat für die Kunstschritte allein sorgt, ist nicht ausreichend. Der Staat bildet ja Juristen u. s. w., auch Parlamentarier aus, und nicht den meisten nachher aus einer Anstellung. Die Künstler können aber nachher nachsehen, wo sie bleiben. (Heiterkeit.) Die Communen werden sich nicht zum Mäcenatenthum ausbeugen; der Staat ist der eigentliche Mäcenat. Auch die Ausgaben des Extraordinariums sind nicht für lebende Künstler bestimmt. Die Vocalitäten der Kunstschritte sind vollständig unzureichend. Man sollte endlich eine neue Kunstakademie bauen. Als Motto über den Kunstsaal könnte man den Vers setzen: „Das Unglücklichste hier wird's Ereigniß.“ Der Einzige, der für die Kunst etwas thut, ist Sr. Majestät der Kaiser, der Bilder für die Nationalgalerie angekauft hat, dem wir nicht genug dankbar sein können. (Zusimmung rechts.)

Eparsamkeit ist sehr löblich, aber auf diesem Gebiete entspricht sie nicht der Aufgabe des Staates. Öffentlich wird sich das ändern, wenn der Finanzminister die Mehrerhebung aus der Einkommensteuer zur Verfügung hat und wenn er die lex Senece beschließen wird. (Heiterkeit.) Ich rufe den bedienten Ministern meinen Respekt aus, dem Finanzminister: Langsam, werde wahr! und dem Cultusminister: Langsam, werde wahr! (Heiterkeit.) Wir haben viel zu wenig Fortschritt lebender Leute in der Nationalgalerie. Meine Bemerkung über die Sommer-Exposition hat mir vielfache Angriffe zugezogen. Man hat mir gesagt, ich wollte die oedemische Freiheit beschränken; man hat mir vorgeschrieben: ich hätte auch geschwänzt. Das ist richtig, aber ich habe das nicht effectuell dem Rector angezeigt, das habe ich getadelt.

Minister Graf Jellitzki: Für die Kunst wird nicht bloß das verwendet, was in diesem Capitel steht, sondern auch manche Ausgaben, welche zum